

Öffentliche **Beschlussvorlage**

Vorlagen-Nr.:

V/0433/2006/1. Erg

Auskunft erteilt:

Herr Goerke

Ruf:

492 11 00

E-Mail:

Erwin.Goerke@stadt-muenster.de

Datum:

12.06.2006

Betrifft

Förderung der Beschäftigung schwer behinderter Menschen und Förderung der Ausbildung behinderter und schwer behinderter Jugendlicher
(Antrag Nr. 0001/2006 der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen)

Beratungsfolge

21.06.2006 Hauptausschuss

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung:

1. Der Bericht der Verwaltung zum Antrag der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob sich trotz der vorrangigen Ausrichtung aller Maßnahmen auf die Haushaltskonsolidierung Handlungsspielräume ergeben, um über das beschriebene Engagement hinaus die Situation von Menschen mit Behinderungen zu verbessern und die Zahl der beschäftigten Behinderten in der Verwaltung weiter zu erhöhen.

Insbesondere ist zu prüfen,

- a) ob **und wenn ja wie** trotz insgesamt sinkenden Auftragsvolumens der prozentuale Anteil der Vergaben an Werkstätten für **behinderte Menschen** gesteigert und sonstige Dienstleistungen von Einrichtungen für Behinderte bezogen werden können,
 - b) ob **und wenn ja wie** die Zahl der Auszubildenden mit Behinderung gesteigert werden kann mit der Zielsetzung, im Anschluss daran die Übernahme in Abhängigkeit des Personalbedarfs und der Bestenauslese unter Beachtung der behinderungsbedingten Einschränkungen zu erreichen.
3. Die von der Kommission beantragten Maßnahmen sind damit erledigt.

Begründung:

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung und die Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen haben am 07.06.06 parallel getagt und die nachfolgenden geänderten Beschlüsse gefasst:

Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung:

1. Der Bericht der Verwaltung zum Antrag der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob sich trotz der vorrangigen Ausrichtung aller Maßnahmen auf die Haushaltskonsolidierung Handlungsspielräume ergeben, um über das beschriebene Engagement hinaus die Situation von Menschen mit Behinderungen zu verbessern und die Zahl der beschäftigten Behinderten in der Verwaltung weiter zu erhöhen.

Insbesondere ist zu prüfen,

- a) ob trotz insgesamt sinkenden Auftragsvolumens der prozentuale Anteil der Vergaben an Werkstätten für Behinderte gesteigert und sonstige Dienstleistungen von Einrichtungen für Behinderte bezogen werden können,
 - b) ob die Zahl der Auszubildenden mit Behinderung gesteigert werden kann mit der Zielsetzung, im Anschluss daran die Übernahme in Abhängigkeit des Personalbedarfs und der Bestenauslese unter Beachtung der behinderungsbedingten Einschränkungen zu erreichen.
3. Die von der Kommission beantragten Maßnahmen sind damit erledigt.

Kommission zur Förderung von Menschen mit Behinderungen:

1. Der Bericht der Verwaltung zum Antrag der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob sich trotz der vorrangigen Ausrichtung aller Maßnahmen auf die Haushaltskonsolidierung Handlungsspielräume ergeben, um über das beschriebene Engagement hinaus die Situation von Menschen mit Behinderungen zu verbessern und die Zahl der beschäftigten Behinderten in der Verwaltung weiter zu erhöhen.

Insbesondere ist zu prüfen,

- a) wie trotz insgesamt sinkenden Auftragsvolumens der prozentuale Anteil der Vergaben an Werkstätten für behinderte Menschen gesteigert und sonstige Dienstleistungen von Einrichtungen für Behinderte bezogen werden können,
- b) wie die Zahl der Auszubildenden mit Behinderung gesteigert werden kann mit der Zielsetzung, im Anschluss daran die Übernahme in Abhängigkeit des Personalbedarfs und der Bestenauslese unter Beachtung der behinderungsbedingten Einschränkungen zu erreichen.

Die Verwaltung hat die beiden geringfügig von einander abweichenden Änderungsanträge in den Beschlussvorschlag eingebaut.

In Vertretung
Gez.
Dr. Heinrichs